

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Simtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Inkl. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeb. Telefon Sammelnummer 72208. Postkassenkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72208. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208	Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 gelb. Kolonellzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10 gelb. Kolonellzeile mit 50% Nachlab. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellzeile 40 Pf., bei Platzvorschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Welt-Arbeitslosigkeit

Internationaler Gewerkschaftsbund und Sozialistische Arbeiter-Internationale machen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — Wieder Nazi-bluttaten in Sachsen und in Berlin — Die französische Regierung gestürzt

Die 20-Millionen-Armee

SPD Genf, 22. Januar.

Die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt beträgt nach den neuesten Angaben des Internationalen Arbeitsamtes etwa 20 Millionen. In den letzten Wochen hat sich die Arbeitslosigkeit wiederum gesteigert. Allein in Europa gibt es augenblicklich etwa 11 Millionen Voll- und Teilerwerbslose, also doppelt soviel als vor einem Jahre im Januar. Trotz der unvollständigen Angaben der außereuropäischen Länder läßt sich die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf etwa 10 Millionen schätzen. Deutschland wird mit 4,5 Millionen Erwerbslosen angegeben, England mit etwa 2,5 Millionen, Italien mit über einer halben Million, Polen mit über 200 000, die Tschechoslowakei mit über 150 000, Japan mit nahezu 400 000. Auch Frankreich, das bisher eine geringe Arbeitslosenziffer hatte, meldet einen allgemeinen Rückgang des Beschäftigungsgrades.

Die Kommission für Arbeitslosigkeit, die vom Internationalen Arbeitsamt zum 26. Januar einberufen ist, wird dem am 28. Januar zusammentretenden Verwaltungsrat Vorschläge unterbreiten über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Sie wird sich u. a. mit der Kapitalverteilung, der Rationalisierung als einer Ursache der Arbeitslosigkeit und den Beziehungen zwischen Löhnen und Arbeitslosigkeit befassen.

Heraus!

SPD Zürich, 22. Januar.

In Zürich tagte am Mittwoch und Donnerstag die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiterinternationale eingesetzte Kommission zur Prüfung der Probleme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit.

Die Kommission veröffentlichte über das Ergebnis ihrer Beratungen eine längere Mitteilung, in der der Gegensatz zwischen den gewaltig gesteigerten Produktivkräften und dem dahinter weit

zurückbleibenden Konsum als Grundtatsache der Krise bezeichnet wird. Die Herabsetzung der Löhne könne das Mißverhältnis nicht mindern, sondern nur verschärfen. Die Kommission betraute es daher als die wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung, sich in dieser Zeit mit aller Tatkraft und in allen Ländern dem Lohndruck zu widersetzen. Es sei ferner unbedingt notwendig, die Arbeitszeit der so bedeutend gesteigerten Produktivität der Arbeit anzupassen. Daher halte es die Kommission für zeitgemäß, den Kampf um die Fünftage-Woche (40-Stundenwoche) international aufzunehmen. Sie weist ferner mit Nachdruck darauf hin, daß nicht die Einschränkung der Staatsausgaben, sondern größtmögliche Aufwendungen für produktive öffentliche Arbeiten am Platze seien. Energisch sei auch zu fordern, daß die Arbeitslosen und Kurzarbeiter die notwendige Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit finden. Die Arbeiterbewegung müsse zur Verteidigung der überall von den Unternehmern angegriffenen Arbeitslosenversicherung aufgerufen werden.

Der Bericht der Kommission beschäftigt sich weiter mit der Kontrolle der Kartelle und Monopole, mit der Hochschulzollbewegung der Nachkriegszeit und verlangt die Ratifizierung des Zollwaffenstillstandes und die Durchführung von Verhandlungen gemäß dem Vorschlag der britischen Arbeiterregierung, durch den die Zollsätze für verschiedene Warengruppen international ermäßigt werden sollen. Weitere Probleme, die unbedingt einer Lösung entgegengeführt werden müßten, seien die Kreditpolitik und die Reparationsfrage. Darüber heißt es in dem Bericht: „Eine Annulierung oder wenigstens Herabsetzung aller aus dem Kriege hervorgegangenen Zahlungsverpflichtungen wäre unzweifelhaft ein Mittel, die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zu erleichtern. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu einem Schuldennachlaß, der eine solche Lösung ermöglichen würde, nur in dem Maße gewonnen werden kann, als sich die europäischen Staaten zur internationalen Abrüstung entschließen.“

Der Text der von der Kommission gefaßten Entschliessung wird vom Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes als Broschüre herausgegeben werden.

Jugendagitation einst und jetzt

Von Karl Kautsky.

Die Agitation unter den jugendlichen Arbeitern war selbstverständlich seit jeher von größter Bedeutung für den Emanzipationskampf des Proletariats. Doch ist sie niemals so wichtig, aber auch so schwierig geworden wie in der letzten Zeit.

Seitdem die Bourgeoisie aufgehört hat, revolutionär zu sein, gab es bis zum Weltkrieg und den ihm folgenden Revolutionen nur noch eine einzige Partei in der kapitalistischen Gesellschaft, die sich hohe Ziele setzte, die Jugend zu begeistern und zu Taten zu drängen, das war die Sozialdemokratie. Ein Arbeiter, der zu politischem Interesse erwacht war, konnte damals gar nicht anders als Sozialdemokrat werden.

Der Agitation unter den Jugendlichen fiel da vor allem die Aufgabe zu, ihr Interesse für politische Fragen zu erwecken. War das gelungen, dann stellten sich von selbst Feuerreifer und Wissensdrang ein, die unter der Anleitung erfahrener Genossen leicht zu Klarheit und voller sozialistischer Erkenntnis führten.

Seit dem Weltkrieg liegen die Dinge nicht mehr so einfach. Auf der einen Seite brachte er in vielen Ländern eine Spaltung der Sozialdemokratie. Die dem Kriege folgenden Revolutionen vertieften oft die Spaltungen und veränderten andererseits im hohen Grade die Stellung der Sozialisten im Staate.

Ehedem waren die Sozialdemokraten in den Militärmonarchien die Umstürzler gewesen. Nur durch den Umsturz dieser Monarchien war die Demokratie erreichbar, die die unerläßliche Voraussetzung der vollen Befreiung der Arbeiterklasse ist.

Nach dem Kriege wurde die demokratische Republik erreicht, aber auch von ihrem Beginn an bedroht. Obwohl die neuen Republiken noch nirgends Formen angenommen haben, die uns befriedigen, so ist es doch zu einer der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie geworden, die neue Staatsform vor den Monarchisten und Faschisten zu schützen, die danach trachten, sie umzustürzen.

Insofern fallen den Sozialdemokraten die Funktionen einer konservativen Partei gegenüber manchen Umstürzern zu. Aber auch ökonomisch hat die Revolution der Arbeiterschaft wichtige Errungenschaften gebracht: Urlaub, Nachtstundenentgelt, Betriebsräte, Arbeitslosenversicherung, die es gilt, mit aller Macht festzuhalten.

Gleichzeitig ist durch die Revolution die Macht des Proletariats in Staat und Gesellschaft gewaltig gestiegen. Zwar noch nicht so weit, daß es allein die politische Macht im Staate ausüben könnte, aber doch so weit, daß es, wo die Verhältnisse ihm günstig sind, die Uebermacht der Gegner verhindern oder sie so spalten kann, daß es imstande ist, zusammen mit einer bürgerlichen Fraktion oder unter ihrer Duldung zu regieren.

Doch auch in diesem günstigsten Fall gelangt die Sozialdemokratie nirgends dahin, an eine entschiedene Durchsetzung ihres Programms zu gehen. Sie bleibt ihren großen Zielen treu, hängt nach wie vor mit gleicher Leidenschaft an ihnen, muß sich aber in der Praxis mit sehr kleinen Schritten und oft mit bloßer Abwehr geplanter Verschlechterungen begnügen, was ihr manche Verantwortung für die bestehende Staatsordnung auflastet.

Das ist ein Zustand, der sehr wenig befriedigt. Er wird noch fühlbar verschlimmert durch die Wirtschaftskrise, die grenzenloses Elend mit sich bringt.

Das reizt alle zu wilder Empörung gegen den bestehenden Zustand, am meisten natürlich jene, die der Notstand zu wahrer verzweifelter Verzweiflung treibt, vornehmlich aber auch die proletarische Jugend, die leidenschaftlich vorwärts stürmen will.

Ihre Opposition gegen die bestehende Gesellschaftsordnung wird nun leicht zu einer Opposition gegen die Sozialdemokratie, wenn man die Bedingungen nicht erkennt, die sie zeitweise in die Defensive drängen, sie mit mancher Verantwortung belasten und ihren Vormarsch hemmen. Diese Situation bereitet in der Jugend den Boden für eine hemmungslose Demagogie nationaler oder sozialer Art, die nicht zur Besonnenheit mahnt, sondern die Phantasie entseßelt und verspricht, dem enttäuschten Tatendrang vollste Befriedigung zu schaffen, der die Jugend stets befeelt und den die Revolutionen von 1917 und 1918 aufs mächtigste angestachelt haben.

Unter diesen Umständen genügt es nicht mehr wie vor dem Weltkrieg, die jugendlichen Arbeiter dem politischen Leben zuzuführen, um sie zu Sozialdemokraten zu machen. Heute heißt

Was sagt Herr Groener dazu?

Der Stabschef der Nordkavallerie als Helfer der Liebnecht-Mörder

Im Prozeß wegen Verleumdung des Reichsanwalts Jorns, der die Strafkammer des Landgerichts III in Berlin nun schon drei Monate beschäftigt, kam es am Donnerstag zu einem bedeutungsvollen Zwischenfall. Der Verteidiger des Angeklagten Bornstein beantragte die Vernehmung des früheren Rechtsanwalts Dr. Brederik, der bekunden werde, daß der damalige Kapitänleutnant-

und heutige Kapitän Canaris, einer der Richter des Kriegsgerichts, Geld zur Flucht der damaligen Angeklagten beschaffte und es ihnen ins Gefängnis gebracht habe, damit sie im Falle der Verurteilung fliehen könnten.

Der Anwalt des Nebenklägers beantragte, diesen Beweis abzulehnen. Mindestens müßte Kapitän Canaris gleichzeitig bezeugen, um darüber Auskunft zu geben, ob diese Behauptungen wahr seien. Der Angeklagte Bornstein behauptete, daß Reichsanwalt Jorns von den Dingen, die Rechtsanwalt Dr. Brederik bezeugen soll, Kenntnis hatte. Reichsanwalt Jorns bestreitet das. Nachdem die Parteien ihre Anträge schriftlich formuliert hatten, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Das Gericht beschloß, den früheren Rechtsanwalt Brederik als Zeugen zu vernehmen. Der Zeuge erklärte, in der fraglichen Zeit sei er im Vorstand des Nationalvereins Deutscher Offiziere gewesen. Damals sei in den Offiziersverbänden erwogen worden, ob es zweckmäßig sei, das Verfahren gegen die Offiziere zum Austrag bringen zu lassen. Es sei beschlossen worden, 30 000 Mark zur Flucht der Offiziere zu beschaffen. Diese Summe habe er auch von einer Stelle erhalten. Er habe nur einen Teil des Geldes sofort zur Flucht gegeben, den Rest an die Schwester des Hauptangeklagten, Kapitänleutnant von Flugl-Hartung,

und deren Begleiter, Kapitänleutnant Canaris.

Auf Befragen erklärte der Zeuge Brederik, er sei überzeugt, daß Jorns nicht von den Vorgängen gewußt habe. Das Gericht beschloß, den Zeugen Brederik zu vereidigen.

Der frühere Kapitänleutnant Canaris, von dem nun durch beidseitige Zeugenaussage festgestellt worden ist, daß er an der Geldmittelbeschaffung für die Mörder Liebnechts und Rosa Luxemburgs beteiligt war, ist heute Stabschef der Nordkavallerie. Canaris sollte schon wiederholt als Zeuge im Jornsprozeß geladen werden. Stets hat er sich der Zeugnisabgabe zu entziehen gewußt. Nun liegt eine endliche Aussage darüber vor, daß Canaris als Richter an einer Flucht vorbereitung für die Mörder Liebnechts teilgenommen hat.

Will das Reichswehrministerium, das bisher gegen die Verwendung von Canaris keine Bedenken hatte, auch künftig diesen Mann dienstlich verwenden?

Polens Beitritt zur Haager Fakultativklausel

DE. Warschau, 22. Januar.

Die Genfer Erklärung Jaleffis, daß Polen die Fakultativklausel der Satzung des Haager Gerichtshofes unterzeichnen wird, wird von der polnischen Presse als eine bedeutsame Bekundung der polnischen Friedensliebe begrüßt. Nach den zahlreichen Beitritten zur Fakultativklausel in den Jahren 1920 und 1930 war Polen der einzige große Staat in Europa, der die in der Klausel für Streitigkeiten vorgesehene obligatorische Gerichtsbarkeit des Weltgerichtshofes bisher noch nicht anerkannt hatte.

Studentenstreik in Spanien

SPD. Madrid, 23. Januar.

Der Gesamtverband der spanischen Studentenvereine hat am Donnerstagabend beschlossen, für Freitag den Generalstreik zu proklamieren. Die Studenten verlangen die Freilassung sämtlicher Professoren und Studenten, die anlässlich der letzten Unruhen verhaftet worden sind.

A-10000110